



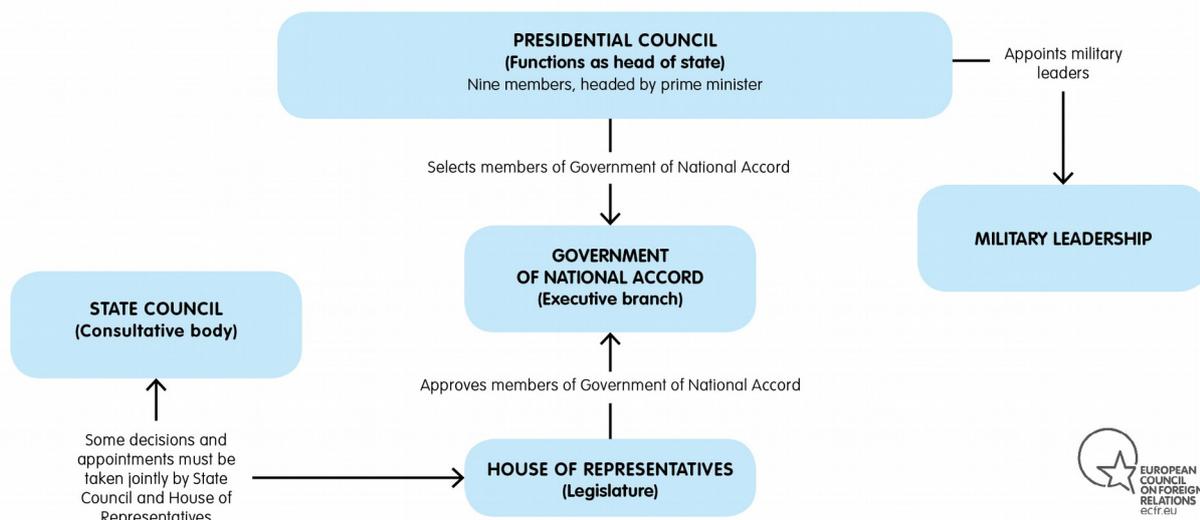
Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Libyen
2018

Politische Situation in Libyen: Milizen kontrollieren den Staat

In Libyen übernehmen Milizen zunehmend staatliche Funktionen, missbrauchen sie für ihre Interessen und bauen ihre politische und ökonomische Macht aus. Die offiziellen staatlichen Autoritäten wie sie 2015 im "national accord" beschlossen wurden funktionieren nach wie vor kaum. Die Exekutive in Tripolis wird weiterhin vom House of Representatives (HoR) aus Tobruk, das nach dem Design des Abkommens die Funktion des Parlaments innehat, nicht legitimiert. Somit gibt es noch keine tatsächliche Einheitsregierung. Die Zustimmung scheiterte auch an Uneinigkeit zur Ministerpostenvergabe durch den Präsidentschaftsrat. Damit fehlt der international anerkannten Rumpf Regierung in Tripolis im Land selbst die Anerkennung.

LIBYA'S INSTITUTIONS UNDER THE LIBYAN POLITICAL AGREEMENT (LPA)

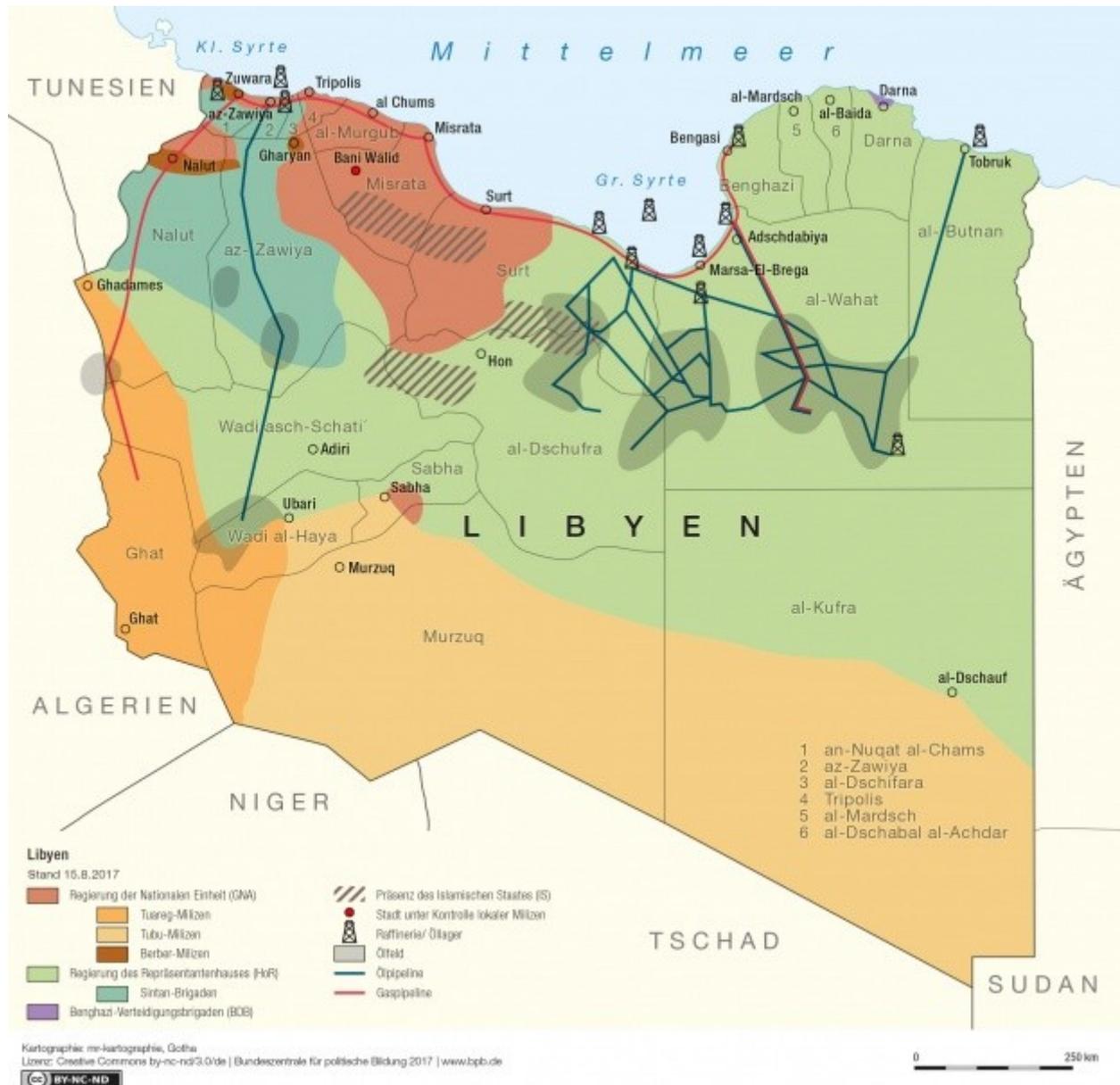


Quelle: https://www.ecfr.eu/mena/mapping_libya_conflict

Libyen bleibt auch in den offiziellen staatlichen Autoritäten geteilt. Das HoR regiert in Ostlibyen mit der selbst ernannten "Libyan National Army" (LNA) und General Khalifa Haftar und konnte 2017 und 2018 die Kontrolle über alle Regionen im Osten ausweiten. Die Exekutive bzw. die neue "Nationale

Einheitsregierung" (Government of National Accord - GNA) ist in Tripolis von vier starken Milizen abhängig, die Sicherheitsdienste im staatlichen Auftrag übernehmen dabei aber ihre Milizkommandostruktur behalten und weiter nach eigenen Interessen in kriminellen Geschäften aktiv sind - auf Kosten der Zivilgesellschaft. Die schwachen staatlichen Autoritäten können die Zivilbevölkerung nicht vor Willkürgewalt der Milizen, die offiziell für sie arbeiten, schützen.

Die Aufteilung Libyens in Ost und West:



Quelle: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54649/libyen>

"In Tripolis teilten sich vier starke Milizen die Macht und den Reichtum auf und lähmen die ohnehin fragile UN unterstützte Regierung. Diese Milizen die völlig jenseits rechtstaatlicher Regeln agieren, terrorisieren die Zivilbevölkerung."

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/9165/2018/en/>

Als im September 2018 Milizen die Hauptstadt angriffen bewerteten Medien und politische Beobachter:innen dies als Verteilungskampf zwischen Milizen um Zugang zu ökonomischen und "staatlichen" Ressourcen der Hauptstadt. Treibende Kraft des Angriffs war die "Siebte Brigade" aus Tarhuna. Auch sie untersteht wie die Milizen in Tripolis offiziell der Regierung in Tripolis - und arbeitet für das Verteidigungsministerium - aber hatte bislang keinen Zugang zur Hauptstadt. Mit Verbündeten aus den Städten Misrata und Zintan wollten sie nach eigenen Worten "Tripolis von den korrupten Milizen säubern," und dort selbst die Kontrolle übernehmen. Sie wurden vorerst von den regierenden Milizen in Tripolis mit Hilfe ad hoc bewaffneter Freiwilliger zurück gedrängt.

<https://derstandard.at/2000086625550/Libyens-Hauptstadt-Tripolis-in-der-Milizenfalle>

Milizwillkürgewalt gegen die Zivilbevölkerung

Milizen in Westlibyen und LNA Brigaden in Ostlibyen wurden auch 2018 schwere Menschenrechtsverletzungen an Kriegsgefangenen, Zivilist:innen und Flüchtlingen zur Last gelegt. Die fortgesetzte Straflosigkeit in Libyen begünstigt die Fortsetzung der Gewalt, da sich Milizen und LNA Brigaden auch oder gerade weil sie offiziell für staatliche Institutionen arbeiten die auf sie angewiesen sind im Gefühl völliger Sicherheit vor strafrechtlichen Konsequenzen fühlen. Auch die noch bestehende Staatsanwaltschaft in Tripolis bleibt gegenüber der durch Milizen verübten Straftaten tatenlos, wie die Beispiele der Rada und Bab Tarjouna Miliz weiter unten zeigen.

Die LNA in Bengasi: Misshandlung und ungesetzliche Tötung von Kriegsgefangenen in Serie

Bereits im August 2017 verlangte der Internationale Strafgerichtshof (ICC) per internationalem Haftbefehl die Auslieferung von Mahmoud al-Warfalli. Als Einsatzleiter der Spezialeinsatzbrigade Al-Saiqa, die zur LNA gehört, war er auf Videos die 2017 im Netz öffentlich wurden sichtbar. Sie zeigten Misshandlungen und Hinrichtungen gefesselter Gefangener durch Mitglieder von Al-Warfallis Spezialeinsatzbrigade - teilweise ist er auch selbst im Bild. Am 25. Januar 2018 tauchten nun erneut belastende Videoaufnahmen im Netz auf, die Al-Warfalli als Täter zeigen.

Darauf zu sehen ist, wie Al-Warfalli persönlich zehn Männern, die in blauen Overalls stecken und mit verbundenen Augen und am Rücken gefesselten Händen vor ihm auf dem Boden knien. Al-Warfalli schießt jedem einzelnen

gezielt in den Kopf und gibt anschließend weitere Schüsse auf die am Boden liegenden Körper ab.

Die Aufnahmen stammen nach Amnesty Recherchen vom 24. Januar und wurden vor der Baiha Radwan Moschee in Bengasi aufgenommen. Am selben Ort explodierten nach Informationen lokaler Medien zwei Stunden zuvor zwei Autobomben - bei den Anschlägen starben 34 Menschen und 71 Menschen wurden verletzt. Es kann vermutet werden, dass es sich um eine willkürliche Racheaktion handelt an bereits zuvor gefangenen mutmaßlichen dschihadistischen Kämpfern oder von ad hoc festgenommenen Verdächtigen.

Die auf Video sichtbaren Taten sind nach Ansicht von Amnesty ein Beweis dafür, wie sicher sich Mitglieder von bewaffneten Verbänden in Libyen vor Auslieferung und Strafverfolgung fühlen, wenn sogar ein wegen Kriegsverbrechen bereits gesuchter Verdächtiger am helllichten Tag in aller Öffentlichkeit Gefangene ohne rechtliche Grundlage im Hinrichtungsstil tötet. Amnesty forderte die LNA Führung auf, Al-Warfalla endlich dem ICC auszuliefern. Im vergangenen Jahr hatte die LNA Führung reagiert und gegenüber der UN versichert man werde Al-Warfalli verhaften und vor ein Kriegsgericht bringen (aber der Auslieferung nicht zugestimmt). Da es in Libyen keine unabhängige Justiz mehr gibt hat der ICC ein Mandat in Libyen um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und zur Anklage zu bringen und besteht weiter auf Al-Warfallis Auslieferung - bis dato ohne Erfolg.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/01/libya-special-forces-commander-apparently-filmed-committing-extrajudicial-executions-must-be-handed-over-to-the-icc/>

Amnesty fordert einen unabhängigen Recherchemechanismus zu Menschenrechtsverletzungen in Libyen

Am 20. Februar forderte Amnesty in einem öffentlichen Statement den UN Human Rights Council auf einen internationalen Recherchemechanismus zu den in Libyen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu implementieren.

In der ausführlichen Begründung heißt es: "Libyen wurde von Fraktionen, Milizen und bewaffneten Verbänden, die um Territorium und Einfluss kämpfen in feindliche Gebiete entlang ideologischer und geografischer Linien aufgeteilt. Alle Beteiligten brechen humanitäres Völkerrecht, begehen schwere Menschenrechtsverletzungen und genießen dabei absolute Straflosigkeit. Zu den begangenen Straftaten gehören willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Verschwinden Lassen, Folter und andere Misshandlungen, Morde, militärische Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Vertreibung."

Da das libysche Justizsystem nicht mehr funktioniert könne es den Opfern der Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsbrüche nicht zu ihrem Recht verhelfen und die Verantwortlichen nicht vor Gericht stellen. Absolute

Straflosigkeit bestärke jedoch die Täter fortgesetzt schwere Menschenrechtsverletzungen zu begehen.

Bereits im Februar 2016 hatte der UN Hochkommissar für Menschenrechte den Human Rights Council aufgefordert über eine unabhängige Expertengruppe zu Libyen zu beraten (A/HRC/31/47 85(a)). Daraus wurde bislang nichts. Amnesty fordert nun erneut einen Mechanismus zur Ermittlung, Dokumentation und Berichterstattung der fortgesetzten Verletzungen internationaler Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts mit dem Ziel, die Straflosigkeit zu beenden.

Bereits 2017 wurden Massengräber in Bengazi - dem Einsatzgebiet der LNA Brigaden entdeckt, die in Bengasi und Region gegen ein Bündnis der lokal machthabenden dschihadistischen Milizen kämpfte um Bengazi unter HoR beziehungsweise LNA Kontrolle zu bringen. An mindestens vier unterschiedlichen Orten wurden mehrere Leichen gefunden deren Hände noch auf den Rücken gefesselt waren, einige trugen Augenbinden. An den Leichen waren Spuren von Folter sichtbar und offenbar tödliche Schusswunden. Im Oktober 2017 wurden Leichen von 36 Männern auf einer einsamen Straße südlich der Ortschaft al-Abyar gefunden. Unter anderen konnte ein Medizinstudent und ein 71-Jahre alter Sufi Scheich identifiziert werden. Beide waren Monate zuvor entführt worden.

Geschäftsmodell Lösegelderpressung

Private wie staatliche Milizen die also mit den rivalisierenden Regierungen verbunden sind oder direkt für sie arbeiten waren und sind verantwortlich für Tausende von Entführungen und willkürlichen Verhaftungen. Hauptmotiv der Entführungen: Lösegeld erpressen, Gefangene sammeln für den Gefangenenaustausch mit gegnerischen Milizen und Kritiker:innen zum Schweigen bringen. Journalist:innen, Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen gelten als besonders gefährdete Gruppe in Libyen. Sie werden mit Misshandlungen und Folter unter Druck gesetzt oder werden sogar getötet.

Ebenso gefährdet sind Migrant:innen, Flüchtlinge und Asylsuchende. Im Januar 2018 wurden etwa 5000 Menschen dieser Gruppe in offiziellen Haftzentren der Abteilung zur Bekämpfung illegaler Migration (General Directorate for Combating Illegal Migration - DCIM) die dem Innenministerium der "Einheitsregierung" untersteht fest gehalten. Die Zahl der Inhaftierten schwankte 2018 zwischen 5000 und über 10 Tausend Gefangenen. Die Haftbedingungen sind oft unmenschlich. Überfüllte Haftzentren, kein Zugang zu medizinischer Versorgung kaum adäquate Nahrungsversorgung sind die Regel.

Milizen und andere Gefängniswärter erpressen Gefangene beziehungsweise deren Familien im Herkunftsland systematisch mit Folter, dabei auch häufig mit sexueller Gewalt zum "Freikauf." In Tausenden weiteren privaten Haftorten von Milizen und kriminellen Banden werden nach Recherchen von Amnesty und UN gefangene Migrant:innen und Flüchtlinge außerdem brutal ausgebeutet und ebenfalls mit Folter zu immer weiteren Zahlungen erpresst. Wer nicht zahlen kann muss die "Schulden" in Zwangsarbeit ableisten. Dies ist auch in den offiziellen Haftzentren üblich. Alle Migrant:innen, Flüchtlinge und Asylsuchende gelten nach libyschen Gesetzen als "illegal" und verbleiben in offiziellen und inoffiziellen Haftzentren und sind dabei hilflos der Gewalt der Wärter und des Systems ausgeliefert - ohne dass es eine juristische Gefängnisaufsicht oder gar die Chance auf das international standardisierte Recht, eine Verhaftung juristisch überprüfen zu lassen, gibt.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/7930/2018/en/>

Tripolis und die international anerkannte Regierung in der Hand von Milizen

Am 21. Juni 2018 veröffentlichte Amnesty Kritik an der offensichtlichen Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch Milizen die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen am Beispiel der Rada Miliz in Tripolis.

Die Rada Miliz des als Salafistenführers bekannten Abdul Rauf Kara, wurde wie auch die anderen drei großen Milizen welche Tripolis unter sich aufgeteilt haben und kontrollieren schon von der Vorgängerregierung mit staatlichen Geldern für die Sicherung von Ministerien, staatlicher Infrastruktur (insbesondere der Öl- und Bankensektor) mit staatlichen Mitteln bezahlt.

Mit dem Dekret 555 vom 7. Mai 2018, ausgestellt vom Präsidialrat, soll die Rada Miliz nun mit allen Milizionären in Gänze ohne jegliche Überprüfung im neu geschaffenen staatlichen Sicherheitsdienst "Deterrence Apparatus for Combating Organized Crime and Terrorism" (DACOT) aufgenommen werden, beziehungsweise diesen Dienst mit ihrem Personal ausfüllen. Artikel 13 des Dekrets sieht vor, dass ausnahmslos alle Rada Milizionäre, ihr Besitz und ihre Waffen und ihre Ausrüstung Bestandteil der neuen offiziell staatlichen DACOT werden.

In der Vergangenheit machte Amnesty bereits regelmäßig auf schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Rada Miliz aufmerksam, darunter Entführungen, willkürliche Verhaftungen, Folter und andere Formen von Misshandlungen die auch im bisherigen Verhältnis von Rada Miliz zum Innenministerium keinerlei Untersuchungen nach sich zogen.

Entführung und Lösegelderpressung

Die Rada Miliz verhaftet oder entführt Menschen regelmäßig aus ihrem Zuhause oder vom Arbeitsplatz. Die Opfer willkürlicher Festnahmen und Entführungen werden offenbar entlang ihrer Herkunft (aus feindlichen Regionen), vermuteter politischer Überzeugungen, ihres Berufs, oder wegen vermuteter Solvenz ausgewählt - meist um mit Gewalt und Todesdrohungen gegen die Entführten Lösegeld zu erpressen.

Ein Beispiel: Am 14. Juli 2017 entführten maskierte Rada Milizionäre Fathi, einen 55-jährigen aus seinem Büro in Ben Achour, nahe Tripolis und inhaftierten ihn für 45 Tage im Matiga Gefängnis im östlichen Randgebiet von Tripolis. Fathi starb drei Monate nach seiner Entlassung, sein Arzt führt den Tod auch auf die Tatsache zurück dass Fathi im Gefängnis seine lebensnotwendigen Diabetismedikamente verweigert wurden. Sein Bruder Tayib berichtete Amnesty, dass die Familie kurz nach der Entführung die Staatsanwaltschaft in Tripolis kontaktierte. Diese stellte eine offizielle Besuchserlaubnis aus. Trotz Vorlage des Dokuments durfte die Mutter den Inhaftierten nicht besuchen, erzählte Tayib.

Drei Wochen später erlaubten Rada Milizionäre Fathis Frau einen Besuch. Fathi bat seine Frau um sein Scheckbuch und stellte sofort einen Scheck über 195.000 libysche Dinar (139.958 US Dollar) zu Gunsten eines Rada Milizionärs aus. Drei Tage später wurde er frei gelassen.

Einschüchterung von missliebigen Politikern und zivilen Kritiker:innen

Am 8. September 2017 stürmten maskierte und bewaffnete Rada Milizionäre das Haus der Familie von Ibrahim Jadhran. Dieser leitete die Wachtruppe von Ölfeldern, Raffinerien und Verladestationen und war außerdem eine bekannte politische Persönlichkeit. Die Milizionäre nahmen sechs Familienmitglieder als Geiseln. Zwei Männer, zwei Frauen, ein dreijähriges Kleinkind und einen drei Monate alten Säugling. Rada Milizionäre ließen Frauen und Kinder nach zehn Tagen frei, die Männer blieben in Haft - im Matiga Gefängnis ohne Anklage und ohne Kontakt zur Familie oder einem Anwalt.

Khaled Jadhran, dessen Bruder Fares unter den Inhaftierten ist, erzählte Amnesty, was er von ehemaligen Gefangenen des Matiga Gefängnis erfuhr: unmenschlichen Zustände, überfüllte Zellen, kaum Nahrung oder Trinkwasser und katastrophalen Zuständen der sanitären Anlagen.

Laut Khaled wandte sich auch Jadhrans Familie an die Staatsanwaltschaft die antwortete, dass man wenig für sie tun könne, händigte ihnen aber ebenfalls ein offizielles Schreiben, adressiert an die Rada Miliz aus und forderte diese auf, die Gefangenen der Staatsanwaltschaft zu übergeben zur Überprüfung der Haftgründe. Das Schreiben blieb ohne Wirkung, ein weiteres Zeichen, dass die Rada Miliz nach eigenem Gutdünken agiert und staatliche Autoritäten für die sie offiziell tätig und von denen sie bezahlt wird, ignoriert.

"Wir schickten einen Anwalt zur Rada Miliz damit dieser mit den Häftlingen sprechen könne. Aber die sagten ihm er solle abhauen und wenn er noch mal käme würden sie ihn auch einsperren, " erzählte Khaled gegenüber Amnesty International.

Rada Milizionäre entführten außerdem Menschen, welche die Milizen und bewaffnete Gruppen kritisierten. Alaa, ein Mann aus Tripolis kritisierte auf Facebook die Vereinnahmung der Hauptstadt durch die Milizen. Rada Milizionäre entführten ihn am 4. Dezember 2017 und brachten ihn ins Matiga Gefängnis, wo er für 15 Tage festgehalten und solange geschlagen wurde bis er ein Dokument unterschrieb in dem er erklärte dass er die (Rada) Miliz nicht weiter in den sozialen Netzwerken kritisieren werde. Alaa sprach mit Amnesty telefonisch vom Ausland aus, wo er aktuell Asyl beantragt.

"Am Tag als sie mich gehen ließen musste ich noch eine Erklärung unterschreiben, dass ich mich nie wieder über die sozialen Medien äußern würde." Erklärte Alaa Amnesty International. "Sie sagten mir wenn ich je wieder was sagen würde, würden sie mich einen Kopf kürzer machen."

Die Rada Miliz benutzt die staatlichen Autoritäten für ihren Machtausbau

Die Rada "Special Deterrence Force" wurde unter diesem Namen bereits vom Ministerrat der Vorgängerregierung im Jahr 2013 mit dem Dekret Nr. 224 dem Innenministerium unterstellt. Die Rada Miliz sollte Kriminalität in Tripolis bekämpfen. Die Gruppe wird von Abdel Rauf Kara geleitet, der als Anhänger der salafistischen Madkhali Doktrin bekannt ist. 2014 wurde die Rada Miliz zur größten und einflussreichsten Miliz in der Hauptstadt. Sie spezialisierten sich auf die Bekämpfung von Schwarzmarktgeschäften mit Alkohol und Drogen und die Bekämpfung des IS.

Seit 2016 unterstützte die Rada Miliz, die neu nach Tripolis entsandte Exekutive (Präsident, Premierminister und Minister). 2017 übernahmen sie die Kontrolle des "Matiga Komplexes", dazu gehört das größte Gefängnis in Westlibyen, das Matiga Gefängnis und der internationale Flughafen. In einer Untersuchung ermittelte die UN, dass etwa 2.600 Männer, Frauen und Kinder im Matiga Gefängnis ohne juristische Grundlage in Haft sind. Viele Gefangene wurden gefoltert und gewaltsam getötet.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/8629/2018/en/>

UN Report: "Abuse behind bars - Arbitrary and unlawful detention in Libya" April 2018

https://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/AbuseBehindBarsArbitraryUnlawful_EN.pdf

Neben der Rada Miliz "regieren" drei weitere Milizen die Hauptstadt. Die Bab al-Tajoura Miliz (nach ihrem Anführer Haithem Tajouri benannt), der „Nawasi-

Brigade“ der Kaddur-Familie und der „Abu-Salim-Revolutionäre“ von Abdelgaghani Kikli, genannt „Die Kuh“. Sie teilten sich Gebiete und Aufgaben in Tripolis auf und werden da an ihnen niemand vorbei kommt auch von der Zivilbevölkerung als eigentliche Herrscher der Hauptstadt gesehen mit denen man sich notgedrungen arrangieren muss.

<http://www.taz.de/!5556439/>

UN Sanktionen gegen Kommandeur der Küstenwache

Am 7. Juni 2018, erließ der UN Sicherheitsrat Reiseverbote gegen 6 Akteure im libyschen Menschenhandels- und Erpressungssystem und ließ ihre Auslandskonten einfrieren.

Amnesty begrüßte die UN-Sanktionen als ersten Schritt gegen die Straflosigkeit.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/06/libyaun-security-council-sanctions-of-prominent-human-traffickers/>

Die Sanktionen betreffen zwei eritreische Staatsangehörige, Ermias Ghermay und Fitiwi Abdelrazak, denen transnationaler Menschenhandel zur Last gelegt wird und vier libyschen Staatsangehörige. Ahmad Oumar Al-Dabbashi, Mus'ab Abu-Qarin und Mohammed Kachlaf sind Milizführer aus den Küstenstädten Al-Zawiya und Sabrata. Abd Al Rahman Al-Milad ist Kommandeur der Küstenwache in Al-Zawiya und wurde ebenfalls beschuldigt führend am Menschenhandel und der Erpressungen von Flüchtlingen und Migrant:innen beteiligt zu sein. Zwar gibt es nach wie vor keine Strafverfolgung in Libyen aber als Konsequenz wurde der Kommandeur der Küstenwache nach UN Angaben am 22. Juni immerhin von seinem offiziellen Posten bei der Küstenwache suspendiert.

<https://www.un.org/press/en/2018/sc13371.doc.htm>

Im Amnesty Report "[Libya's Dark Web of Collusion: Abuses Against Europe-Bound Refugees And Migrants](#)" vom Dezember 2017, hatte Amnesty begangene Verbrechen von den vier libyschen Beschuldigten und nun vom UN Sicherheitsrat sanktionierten Führungsfiguren im Menschenhandelsgeschäft bereits dokumentiert.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/7561/2017/en/>

Frauen im Fokus von Milizen

Am 17. Juli 2018 veröffentlichte Amnesty eine Dokumentation über systematische Gewalt gegen libysche Menschenrechtaktivistinnen seit 2011.

Ein aktuelles Beispiel von 2018 beleuchtet dabei auch die Machtstellung und Willkür Gewalt der Miliz Bab al-Tajoura in Tripolis, die wie die Rada Miliz ebenfalls dem Innenministerium untersteht und mit staatlichen Geldern bezahlt wird.

Mariam al-Tayib, eine 38-jährige Aktivistin aus Tripolis dokumentierte seit 2011 Menschenrechtsverletzungen in Libyen. Sie berichtete wie sie willkürlich verhaftet und dabei sexueller Gewalt und anderer Folter ausgesetzt war. Mariam hatte z.B. auf Facebook einen Aufruf veröffentlicht, die Rechte von Migrant:innen und Flüchtlingen sowie die Rechte der im Land vertriebenen und immer wieder erneut angegriffenen Tawargha zu schützen. Sie kritisierte auch Milizen namentlich und deren Verantwortung für konkrete Menschenrechtsverletzungen, darunter Willkürhaft, Verschwinden Lassen und Folter.

Mariam erhielt permanent Todesdrohungen via Facebook als Reaktion auf ihre Arbeit. Am 11. Januar 2018 entführte die Bab al-Tajoura Miliz sie aus ihrem Auto heraus.

"Ich wurde in der Nacht von Donnerstag auf Freitag gegen 09:30 Uhr gestoppt und zum Hauptquartier der Bab al-Tajoura Miliz gebracht. (...) Sie schlugen mich mit bloßen Händen, ich wurde auf eine Weise geschlagen wie nie zuvor, wie im Film. Einer von ihnen kickte mir den Fuß ins Gesicht und sagte ich würde Gott beleidigen. (...) Sie beschuldigten mich auch, dass ich Alkohol trinken würde."

Mariam wurde zweieinhalb Stunden festgehalten und dabei sexuell angegriffen und bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Sie erzählt wie sie einen Milizionär zum anderen sagen hörte: 'Sie ist ein loses Mädchen, geh rein und kümmer dich um sie' - eine unverholene Ermunterung zu einer Vergewaltigung. Mariam vermutete gegenüber Amnesty, dass sie Dank einer großen Facebookkampagne die ihre sofortige Freilassung forderte so schnell wieder freikam.

Nach ihrer Freilassung ging Mariam ins Krankenhaus um sich behandeln zu lassen und nannte bei der Aufnahme, die Verursacher ihrer Verletzungen. Das Krankenhaus weigerte sich sie aufzunehmen, sie musste eine private Auseinandersetzung als Grund nennen, dann erst wurde sie eingelassen und behandelt. Anschließend wollte Mariam die Bab al-Tajoura Miliz anzeigen. "Das Büro der Staatsanwaltschaft weigerte sich die Anzeige zu dokumentieren. (...) In Tripolis kann man nicht über (Haithem) Al-Tajouri und andere Milizen reden. (...) Das sind rote Linien. Man kann überhaupt nicht über die kriminellen Taten der Milizen, salafistischer Gruppen oder willkürliche Verhaftungen reden," sagte Mariam gegenüber Amnesty. Sie floh im Februar 2018 aus Libyen.

Während alle Menschenrechtsaktivist:innen Männer wie Frauen in Libyen in akuter Gefahr von Milizgewalt sind, sehen sich Frauen zusätzlich Geschlechtsbezogener Diffamierungskampagnen auch durch die Gesellschaft ausgesetzt, stellte Amnesty fest. Im Fall von Mariam brach ihre eigene Familie den Kontakt zu ihr ab als sie auf Youtube im Detail über die Folter während der Verhaftung berichtete.

Eine 31-jährige Menschenrechtsaktivistin, die ihren Namen nicht veröffentlichen will erzählte Amnesty ihre Erfahrung. Sie schloss ihren Facebookaccount nach fortgesetzter Geschlechtsbezogener Diffamierungskampagnen und Gewalt- und Vergewaltigungsdrohungen, sie wurde jedoch weiter über Twitter bedroht.

"Wenn du öffentlich als Frauenrechtlerin auftrittst ist das für viele eine Einladung für sexuelle Belästigung (...)." Sie erhielt jede Menge posts und private Nachrichten von Fakeaccounts mit Gewalt und Vergewaltigungsphantasien wie zum Beispiel: 'Wenn wir dich in die Finger kriegen werden wir dich vergewaltigen und dir zeigen was Frauenrechte sind und dich schlagen', erzählte sie Amnesty.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/8657/2018/en/>

Tawargha: Ziel fortgesetzter Gewalt

Am Morgen des 10. August 2018 griff eine Einheit der Ghnewa Miliz das Tariq Al-Mattar Flüchtlingslager der Tawargha in Tripolis an, stürmte mitten in der Nacht die Häuser schlafender Familien, stahl Geld und Gegenstände, entführte 77 Männer und einen 13-jährigen und kündigte an das Camp mit Bulldozern dem Erdboden gleichzumachen. Die Tawargha Familien flohen ohne zu wissen wohin. 2011 waren alle etwa 40.000 Einwohner:innen von Tawargha aus der gleichnamigen Stadt Tawargha durch Milizen aus Misrata vertrieben und kollektiv bestraft worden, dass Gaddafi Einheiten von Tawargha aus Milizen aus Misratas angegriffen hatten. Seitdem leben die Tawargha verteilt im ganzen Land und werden immer wieder angegriffen, entführt, willkürlicher verhaftet, gefoltert und getötet. Die dunkelhäutigere Tawargha Minderheit wird auch aus rassistischen Motiven immer wieder angegriffen. Ein 2017 ausgehandeltes Rückkehrrecht der Tawargha in ihre Häuser in Tawargha von denen etliche zerstört wurden, scheiterte bislang an der Milizgewalt. Erste Rückkehrerfamilien wurden 2017 von Unbekannten an Checkpoints abgefangen und mit Gewaltdrohungen wieder vertrieben. Das Motiv für den aktuellen Angriff und die Vertreibung der Tawargha aus dem Flüchtlingslager könnte Selbstjustiz aus Rache sein. Zwei Wochen zuvor starb bei einer Auseinandersetzung junger Männer im ein Milizionär der Ghwarna Miliz. Auch an den fortgesetzten Gewalttagen gegenüber der Tawargha zeigt sich nach Amnesty Einschätzung,

die fatale Wirkung völliger Straflosigkeit in der die Milizen Selbstjustiz, Rache und willkürliche Gewalt gegen Zivilist:innen ausüben können.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/08/libya-tawergha-idp-camp-attacked-by-militia-in-danger-of-further-attack-and-demolition/>

In einem Statement vom 26. September 2018 veröffentlichte Amnesty International die Stellungnahme zu Libyen aus der 39. Sitzung des UN Human Rights Council. Wichtigster Punkt war der Umgang mit Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen die von allen Milizen in Libyen begangen wurden.

"Milizen und bewaffnete Gruppen die mit den rivalisierenden libyschen Regierungen verbunden sind, waren für Verletzungen des humanitären Völkerrechts und Menschenrechtsverletzungen im ganzen Land verantwortlich. Darunter sind willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Verschwinden lassen, Folter und andere Misshandlungen, ungesetzliche Tötungen und Vertreibungen der Zivilbevölkerung."

Amnesty fordert in den Verhandlungen um eine Befriedung der Bürgerkriegszustände und den Staatsaufbau in Libyen durch UN und andere internationale Akteure Gerechtigkeit und Strafverfolgung als Kernelement, bei fortgesetzter Straflosigkeit sei kein Ende der Gewalt zu erwarten.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/9165/2018/en/>

Im Fokus: Flüchtlinge und Migrant:innen

Ein Jahr nach dem "Migrations Deal" mit Libyen

Am 1. Februar 2018 jährte sich das Migrations Abkommen zwischen Italien und Libyen, das zum Ziel hatte den "Zufluss illegaler Migration zu stoppen". Die italienische Strategie war Teil eines gemeinsamen europäischen Ansatzes und wurde in der sogenannten "Malta Erklärung" von den EU-Regierungen abgesegnet.

Italien, weitere EU Staaten und EU Institutionen wie die Operation Sophia des gemeinsamen europäischen Militäreinsatzes auf dem Mittelmeer, stärkten die libysche Küstenwache mit Booten, Technik und Ausbildung. 2017 brachte die libysche Küstenwache über 15.000 Flüchtlinge zurück in libysche Haftzentren in denen sie (erneut) nach internationalen Standards illegaler Haft auf unbestimmte Zeit, unmenschlicher Haftbedingungen, Misshandlungen, Folter und Tötungen ausgesetzt waren.

In den vergangenen Monaten wurden über das UNHCR aus Libyen 19.370 "freiwillige Rückkehrer:innen" in afrikanische Herkunftsländer ausgeflogen. Nur wenige Hundert Flüchtlinge konnten im selben Zeitraum vom UNHCR über Resettlement Plätze nach Frankreich und Italien gebracht werden. Amnesty kritisierte fehlende Transparenz zur Situation in den Herkunftsländern. Angesichts extremer und oft tödlicher Haftbedingungen in Libyen könnten auch Menschen, die vor Folter, Krieg oder anderer Gewalt im Herkunftsland geflohen

sind allein weil es die einzige Möglichkeit ist aus Libyen zu entkommen sich entschließen "freiwillig" zurück kehren. Amnesty mahnt die internationale Gemeinschaft insbesondere auch die EU Staaten an, mehr Resettlementplätze zur Verfügung zu stellen. Generell sind jedoch alle Flüchtlinge in libyschen Haftanstalten in akuter Lebensgefahr. Es fehlen prinzipiell sichere Fluchtwege aus Libyen heraus. Sie sitzen dort ohne Aussicht auf Schutz in der Falle.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/02/a-year-after-italy-libya-migration-deal-time-to-release-thousands-trapped-in-misery/>

Es gibt keine legalen Fluchtmöglichkeiten

Es geriet in der öffentlichen Debatte fast in Vergessenheit, dass Flüchtlinge bis 2001 ohne Visum Fähren oder Flugzeuge nutzen konnten, wenn sie als Flüchtling nach Genfer Konvention oder Asylsuchende galten. Am Zielflughafen oder Fährhafen beantragten Asylsuchende und Flüchtlinge dann Schutz. 2001 unterband die EU-Richtlinie 2001/51/E faktisch diese reguläre Einreise von Flüchtlingen in die EU. Die Transportunternehmen wurden je nach EU-Land mit unterschiedlich hohen Strafen für den Transport von Menschen ohne Visum belegt und wer Menschen, die dann kein Asyl oder Flüchtlingsschutz nach Genfer Konvention erhielten transportierte, konnte fortan für die Übernahme der Kosten, sowie den Rücktransport verpflichtet werden. Obwohl es nach Genfer Flüchtlingskonvention geboten ist auch Flüchtlingen ohne Visum den Fluchtweg zu ermöglichen, schloss die EU mit dieser Richtlinie reguläre und ungefährliche Fluchtwege. Flüchtlinge sind seitdem auch wenn sie nach Genfer Konvention oder nationalen Asylgesetzgebungen später anerkannt werden alternative oft von kriminellen Netzwerken organisierte "Reiseunternehmen" angewiesen und werden auf lange und gefährliche Fluchtwege gezwungen auf denen sie oft von kriminellen Netzwerken maximal ausgebeutet werden.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:187:0045:0046:DE:PDF>

Flüchtlinge auf Handelsschiff "Nivin" wollen nicht zurück in Haft und Folter

In einer Pressemitteilung vom 16. November 2018 kritisierte Amnesty den Umgang der EU mit dem Handelsschiff "Nivin", das auf See Gerettete mangels Alternativen nach Libyen zurück brachte.

Amnesty forderte libysche, europäische und Autoritäten aus Panama (unter deren Flagge das Handelsschiff fährt) auf, die 79 Flüchtlinge an Bord des Handelsschiffs nicht gewaltsam von Bord holen zu lassen. Diese weigerten sich auf libyschem Boden im Hafen Misrata von Bord zu gehen aus Angst vor erneuter unmenschlicher Haft und Folter.

Die Flüchtlinge, darunter auch Kinder wurden vom Handelsschiff Nivin aufgenommen, italienische und maltesische Rettungskoordinationsstellen seien

beteiligt gewesen das Handelsschiff mit den Flüchtlingen nach Libyen zu schicken. "Da Libyen kein sicheres Land für Flüchtlinge ist, ist eine Rückführung von Flüchtlingen nach Libyen ein Bruch internationalen Rechts." So Amnesty.

Die Flüchtlinge weigerten sich bislang von Bord zu gehen, was Heba Morayef von Amnesty International Nordafrika gut nach vollziehen kann, da die Horrorbedingungen denen Flüchtlinge und Migrant:innen in Libyen ausgesetzt sind bekannt sind. Sie werden dort ungesetzlich und auf unbestimmte Dauer unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, Routinemäßig gefoltert, geschlagen, zum Freikauf erpresst oder auf andere Weise missbraucht.

Flüchtlinge an Bord der Nivin erzählten Amnesty, dass sie bereits schreckliche Zustände in libyscher Haft erlebt hatten, darunter Erpressung, Misshandlung, Zwangsarbeit. Ein Flüchtling erzählte, dass er schon in acht verschiedenen Haftzentren in Libyen gefangen gewesen war und lieber sterben wolle als dorthin zurück zu kehren.

14 Flüchtlinge, die am Vortag einwilligten an Land zu gehen wurden sofort wieder inhaftiert, unter ihnen war auch ein 4-Monate alter Säugling.

Während die Nivin im Hafen von Misrata lag wurden Berichte bekannt, dass Flüchtlinge und Migrant:innen in libyschen Haftzentren auch in den Selbstmord getrieben wurden. Ein junger Mann aus Eritrea hatte ein paar Tage zuvor einen Selbstmordversuch begangen. Im Vormonat hatte ein Mann aus Somalia sich selbst angezündet und war gestorben.

"Sie können nicht zurück nach Hause aus Angst vor Verfolgung und die Chancen auf Resettlement in einem Drittland (UNHCR Programm) sind gering, so dass die meisten Flüchtlinge und Asylsuchende nur die Option haben in den libyschen Haftzentren zu bleiben in denen sie schwerer Gewalt ausgesetzt sind."

Morayef forderte die EU Staaten auf, nicht länger die katastrophalen Konsequenzen ihrer Migrationspolitik zu ignorieren. Die internationale Gemeinschaft müsse Resettlement Plätze und Aufnahmezahlen für Asylsuchende erhöhen.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/11/libya-refugees-and-migrants-refuse-to-disembark-ship-in-desperate-plea-to-avoid-detention-and-torture/>

Nach zehn Tagen "Besetzung" der Nivin, stürmten libysche Sicherheitskräfte die dem Innenministerium unterstehen das Handelsschiff und schossen nach Angaben der Roten Halbmonds mit Gummigeschossen auf die Flüchtlinge. Nach der Erstürmung mussten die meisten aufgrund ihres schlechten oder geschwächten Gesundheitszustandes von Bord getragen werden. Zehn Verletzte kamen in ein Krankenhaus, alle anderen in das Haftzentrum al-Kararim östlich der libyschen Hauptstadt Tripolis. Dort waren auch Minderjährige, die zuvor das Schiff verlassen hatten inhaftiert worden.

<http://www.taz.de/!5548759/>

UNHCR in Libyen: 57.000 Asylsuchende bis 2018 registriert

Das UNHCR ist seit 1991 mit Unterbrechungen präsent in Libyen hatte aber nie ein offizielles Mandat. Allein 2018 (bis Oktober) registrierten das UNHCR 11.000 Flüchtlinge und Asylsuchende in Libyen. Damit stieg die Zahl von Flüchtlingen nach Genfer Konvention und Asylsuchenden in Libyen auf 57.000 an. Wobei das UNHCR nach libyschen Vorgaben die noch von Gaddafi stammen nur bestimmte Herkünfte etwa aus Eritrea, Darfur (Sudan), Oromo aus Äthiopien oder aktuell aus Syrien und Yemen registrieren darf. Etwa 5.400 Flüchtlinge und Migrant:innen befanden sich nach UNHCR Schätzungen im Oktober 2018 in offiziellen libyschen Haftzentren allein aufgrund der Tatsache, dass sie Ausländer sind und keine gültiges Visum besitzen. Etwa 3.800 von ihnen gelten nach UNHCR Kriterien als Flüchtlinge nach Genfer Konvention bzw. Asylsuchende.

http://reporting.unhcr.org/node/12003#_ga=2.77488789.1024928068.1548482120-2043481531.1538350730

UN Bericht aus Libyen: Unvorstellbarer Horror für Flüchtlinge

Nach einem gemeinsamen Bericht der politischen Mission der UN in Libyen (UNSMIL) und des UN Human Rights Office (OHCHR) vom Dezember 2018 erleben Flüchtlinge und Migrant:innen in Libyen unvorstellbaren Horror. Der libanesische Leiter Ghassan Salamé von UNSMIL sieht ein komplettes Versagen in Libyen und auf internationaler Ebene beim Flüchtlingsschutz in Libyen.

Der Bericht deckt Recherchen aus einem Zeitraum von 20 Monaten bis September 2018 ab und beschreibt ungesetzliche Tötungen, Willkürhaft, Folter, Gruppenvergewaltigungen, Sklaverei, Menschenschmuggel und Details einer Schreckensliste von begangenen Verbrechen an Flüchtlingen und Migrant:innen durch staatliche Sicherheitskräfte, Milizen, und Schmuggler.

UN Mitarbeiter:innen konnten vor allem in Libyen aber auch in Nigeria und in Italien insgesamt 1.300 Berichte von Flüchtlingen und Migrant:innen aus erster Hand sammeln.

Viele Befragten berichteten, dass nachdem sie bereits Gewalt durch Schmuggler und kriminelle Banden und extreme Wege durch die Wüste überstanden hatten, Libyen alles vorherige in den Schatten stellte:

“Sobald ich libyschen Boden betrat verschlimmerte sich mein Albtraum. Ich habe nur Gewalt, Ausbeutung und Haft erlebt.“ (Migrant aus dem Senegal mit Zielland Libyen)

<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/LibyaMigrationReport.pdf>
(Seite 26)

UN Mitarbeiter:innen konnten 11 offizielle Haftzentren besuchen. Obwohl Häftlinge erzählten, dass die Gefängnisleitung vor dem Besuch noch schnell die Zustände wesentlich verbessert hätten, fanden die UN Besucher:innen überall extreme Haftbedingungen vor, die ansich bereits den Tatbestand der Folter

erfüllten. Alle waren überfüllt, Männer und Frauen und Kinder jeden Alters gemeinsam in der Regel gemeinsam inhaftiert, es gab auch in gesonderten Abteilungen für Frauen keine weiblichen Aufseherinnen, die meisten Haftzentren hatten unzureichende Frischluftzufuhr, keine oder unzureichende Waschgelegenheiten und Toiletten und Häftlinge in der Regel keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und waren regelmäßig Mangelernährt. Viele litten an Hauterkrankungen, akutem Durchfall und Atemwegserkrankungen die sie sich in den katastrophalen Zuständen in den Haftanstalten zugezogen hatten.

Der Bericht dokumentierte in den offiziellen Haftzentren etliche Berichte zu Folter, Misshandlungen, Zwang zu schwerer Arbeit auch außerhalb der Gefängnisse und Vergewaltigungen. Die Gefangenen in den Haftzentren werden nach den UN Recherchen systematisch ausgehungert, regelmäßig schwer geschlagen, mit heißen Metallgegenständen verbrannt, mit Strom gefoltert und mit Folter erpresst sich frei zu kaufen. Besonders heftige Folter erlebten sie während man sie zwang Angehörige anzurufen oder während man sie filmte um die Bilder Angehörigen zu kommen zu lassen. Wenn Geld erpresst werden kann fließt es über ein bestens organisiertes komplexes Bargeldsystem über mehrere Länder zu den Tätern in Libyen.

Der UN-Bericht dokumentiert auch die vielfache Gewalt gegen Flüchtlinge und Migrant:innen durch private kriminelle Gruppen und Schmuggler. "Die Menschen werden von einer kriminellen Gruppe an die nächste verkauft und in privaten Haftorten wie leeren Fabrikhallen, Bauruinen, Farmen festgehalten und dort ebenfalls zu weiteren Zahlungen erpresst und dabei schwer gefoltert. Viele sterben dabei, genaue Zahlen zu Toten gibt es nicht. Aber in ganz Libyen werden nicht identifizierte Leichen mit Folterspuren und Schusswunden gefunden. In Mülltonnen, in ausgetrockneten Flussbecken, in der Wüste und auf Farmgeländen.

Eine 26-jährige Asylsuchende aus Darfur (Sudan) die fast drei Jahre in Libyen war erzählte von einer zweimonatigen Gefangenschaft in einem privaten Haftort in Schwerif:

"Wir waren 700-800 Menschen in einem großen Hangar. Sie schossen und zielten auf die Beine, wenn die Leute nicht zahlen konnten und ließen sie verbluten. Mein Sohn, fünf war er damals, wurde mit einer Metallstange auf den Kopf geschlagen damit wir schneller zahlten. Ich sah viele Menschen sterben. Durch Schläge oder Hunger. Es gab einen Jungen aus Somalia. Er war nur Haut und Knochen. Er konnte nicht mal mehr auf seinen zwei Beinen stehen aber sie schlugen ihn weiter. Er starb. Wenn ich meine Augen schließe - sehe ich jedes Mal sein Gesicht. Es verfolgt mich bis heute."

Ähnlich wie der Amnesty Bericht "Libya's dark web of collusion" vom Dezember 2017 weist auch der UN Bericht direkte Komplizenschaft zwischen privaten Banden und "staatlichen" Milizen nach, die offiziell für das Innenministerium

arbeiten. Beteiligt sind auch die Küstenwache sowie lokale Staatsvertreter. Mit der Kooperation zielen die Beteiligten auf eine maximale Ausbeutung von Migrant:innen und Flüchtlingen und einer Gewinnmaximierung aller beteiligten Akteure.

Der Bericht nennt noch einen weiteren Aspekt, einen weitverbreiteten Rassismus in Libyen und auch im libyschen Ausbeutungssystem. Schon im allgemeinen Sprachgebrauch in Libyen werden Schwarzafrikaner:innen als 'abidat' - übersetzt "Sklave" bezeichnet.

In ihren Zeugnissen berichteten Flüchtlinge und Migrant:innen davon, dass Schwarze besonders schlecht behandelt wurden. In manchen besseren Haftzentren erhielten libysche und arabische Gefangene Matratzen oder sogar Betten, Gefangene aus Subsahara schliefen auf dem nackten Boden und wurden öfter und brutaler geschlagen und schwarze Frauen besonders häufig vergewaltigt.

Frauen sind generell besonders gefährdet. Alle Mädchen und Frauen mit denen die UN Rechercheure sprachen berichteten von Gruppenvergewaltigungen durch Banden und / oder Vergewaltigungen in staatlichen Haftzentren durch das männliche Gefängnispersonal oder Schmuggler die sie selbst erlitten hatten oder Zeuginnen davon wurden.

Der UN Menschenrechtsexperte zu Folter, Nils Melzer erklärte angesichts der hohen Risiken für alle Flüchtlinge und Migrant:innen in Libyen, jede Zurücksendung von Geflüchteten und Migrant:innen nach Libyen als Bruch des non refoulement Prinzips nach internationalem Recht.

"Diejenigen die es schaffen die Gewalt und Ausbeutung zu überleben und den gefährlichen Weg über das Mittelmeer antreten, werden in immer größerer Zahl von der libyschen Küstenwache abgefangen - oder "gerettet" wie manche behaupten. Seit Anfang 2017 (bis September 2018 bis dahin recherchierte die UN für den Bericht) wurden etwa 29.000 von der Küstenwache nach Libyen zurück gebracht und erneut in Haftzentren eingesperrt. Haftzentren in denen Tausende willkürlich und auf unbestimmte Zeit festgehalten werden, ohne legale Prozesse oder Kontakt zu Anwälten oder konsularischen Vertretungen."

Der Report wendet sich auch direkt an die EU Staaten. Solange sie nicht sicherstellen könnten, dass libysche Autoritäten mit denen sie zum Zweck der Migrationskontrolle kooperieren entlang internationaler Menschenrechtsstandards und des internationalen Flüchtlingsrecht agieren, seien sie direkt oder indirekt verantwortlich, dass Männer, Frauen und Kinder in Libyen missbraucht und ausgebeutet werden und ohne Chance auf Schutz und Hilfe der Folter und Misshandlungen ausgeliefert sind.

<https://news.un.org/en/story/2018/12/1029031>

Im Migrationsreport "Displacement Tracking Matrix" (DTM) von Dezember 2018 gibt die International Organization of Migration (IOM) der UN die Zahl der in Libyen lebenden Migrant:innen auf 663.445 an. Hier werden alle mitgezählt die keine libyschen Papiere haben und aus einem anderen Land nach Libyen kamen. Auch solche die seit Jahren in Libyen leben und arbeiten. Unabhängig davon ob sie früher als Arbeitskräfte willkommen geheißen wurden sind alle Migrant:innen in Libyen seit 2011 in hoher Gefahr Willkürlich auf unbestimmte Zeit, Folter und Misshandlungen und Sklavenarbeit ausgesetzt zu werden mit denen Flüchtlinge und Migrant:innen zum Freikauf erpresst werden.

<http://www.globaldtm.info/libya/>

Schätzungen der UN gehen sogar von eine Zahl bis zu einer Million "irregulär" in Libyen lebenden Migrant:innen und Flüchtlingen aus, die im aktuellen System jederzeit in Gefahr geraten können verhaftet, gefoltert und ausgebeutet zu werden. Seit Migrant:innen gezielt zur Beute und Einnahmequelle im Milizsystem wurden sehen sich viele Migrant:innen die in Libyen schon lange leben und arbeiten in die Flucht nach Europa als einzigen Ausweg gezwungen.

<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/LibyaMigrationReport.pdf>

Flucht übers Mittelmeer in Zahlen

Im Jahr 2018 kamen über die zentrale Mittelmeerroute (von Libyen und Tunesien) 23.370 Menschen in Italien an und 1.445 auf Malta.

Auf derselben Route starben 1,306.

Im gesamten Jahr 2018 wurden laut IOM Recherchen 15.976 Bootsflüchtlinge von der libyschen Küstenwache nach Libyen zurück gebracht. Auch 2017 wurden über 15.000 Flüchtlinge von der libyschen Küstenwache zurück gebracht und dort erneut inhaftiert.

DTM LIBYA - Flow Monitoring, MIGRANT REPORT R23, NOV - DEC 2018

Download: <http://migration.iom.int/europe?type=arrivals> (Link "all reports")

Das UNHCR berechnete 2018 die bislang höchste Todesrate auf der zentralen Mittelmeerroute. Demnach starb einer von 14 Menschen. Im Vorjahr starb einer von 28 Menschen.

<https://www.unhcr.org/desperatejourneys/>

Amnesty und UN führen die immer höhere Todesrate auf die Einstellung der Seenotrettung durch EU Militärmissionen sowie durch die fast vollständige Verhinderung der Seenotrettung durch NGO Schiffe zurück.

<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/LibyaMigrationReport.pdf>

<https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR3089062018ENGLISH.pdf>